

II-12226 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen

des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

REPUBLIK ÖSTERREICH

BUNDESMINISTERIUM
FÜR ARBEIT UND SOZIALES1010 Wien, den 17.8.1990
Stubenring 1
Telefon (0222) 75 00
Telex 111145 oder 111780
P.S.K. Kto.Nr. 5070.004
Auskunft

Zl. 40.271/44-1/90

Klappe Durchwahl

5697IAB

1990 -08- 20

zu 57591J

B e a n t w o r t u n g

der Anfrage der Abgeordneten Dipl.Soz.Arb.
Manfred Srb und Freunde vom 27. Juni 1990,
5759/J, betreffend pauschale Pflegegeldleistungen

Frage:

1. "Auf welche Höhe beläuft sich die Anzahl der in Pflegeheimen und vergleichbaren Institutionen lebenden Bezieher eines Pflegegeldes nach dem KOVG, HVG, OFG und VOG ? (Aufgliederung nach Bundesländern und nach den einzelnen Gesetzen)"

Antwort:

Es gibt keine umfassenden Statistiken zu dieser Frage. Eine Recherche im Bundesrechenamt ergab sechs Bezieher von Pflegezulagen nach dem KOVG (3 in der Steiermark, je einer in Kärnten, Oberösterreich und Tirol) und einen nach dem VOG (Kärnten), bei denen (über Legalzession oder Abtretungserklärung bzw. im Zusammenhang mit einer Rentenumwandlung) ein Teil der Pflegezulage direkt dem Heimträger überwiesen wird.

In diesen Zahlen sind jedoch jene Fälle nicht enthalten, in denen die Pflege (z.B. in kleinen privaten Einheiten) vom Bezieher der Pflegezulage direkt bezahlt wird. Es gibt auch keine brauchbaren Anhaltspunkte für eine Schätzung dieser Zahl.

Frage:

2. "Sind Sie bereit, Untersuchungen anzustellen, welcher von den beiden Wegen für die Betroffenen eine bessere Lebensqualität ermöglicht und daher der Volkswirtschaft billiger kommt:

a) über Sach- und Dienstleistungen,

b) gleich den Kriegsopfern und der Arbeitsunfälle über Geldleistungen ?

Wenn nein: Warum nicht ?

Falls es schon Untersuchungen gegeben hat: Wie lauten die Ergebnisse ?"

Antwort:

Ich bin selbstverständlich bereit, dort Untersuchungen anstellen zu lassen, wo sich eine Frage als umstritten oder als Problem herauskristallisieren sollte. In bezug auf die von Ihnen angeschnittenen Alternativen Sach- und Dienstleistungen gegenüber Geldleistungen hat es in der Arbeitsgruppe "Vorsorge für pflegebedürftige Personen" jedoch weitgehende Übereinstimmung dahin gegeben, daß es sich hierbei um keinen echten Gegensatz handelt, weil in Wirklichkeit eine Kombination beider Leistungsarten erforderlich ist. Wegen dieser weitgehenden Übereinstimmung sehe ich keinen Bedarf für detailliertere Untersuchungen in der von Ihnen angeschnittenen Richtung.

Lösungen, die den Betroffenen eine bessere Lebensqualität ermöglichen, müssen der Volkswirtschaft nicht unbedingt billiger kommen. Das kann der Fall sein, muß aber nicht. Doch würde ich daran allein keine Entscheidungen knüpfen. Denn für mich ist es durchaus denkbar, daß einer teureren, dafür aber menschengerechteren Variante der Vorzug gegeben wird.

Frage:

3. "Sind Sie bereit, dem Wunsch der Betroffenen nach der behindertenfreundlicheren Alternative zum Heim - der des Pflegegeldes in 6 Stufen gleich KOVG, HVG, OFG und VOG - Rechnung zu tragen ? Wenn ja: Wie und bis wann ? Wenn nein: Warum nicht ?"

Antwort:

Pflegegeld ist nicht für sich eine Alternative zum Heim. Dies hat ja in der Arbeitsgruppe "Vorsorge für pflegebedürftige Personen" dazu geführt, daß sich eine klare Mehrheit für ein Mischsystem aus Geld- und Sachleistungen ausgesprochen hat.

Ich habe aber wiederholt darauf hingewiesen, daß ich es als mein Ziel erachte, daß die Pflegeleistungen aller Gruppen behinderter Menschen aneinander angeglichen werden. Da hierfür beträchtliche finanzielle Mittel erforderlich sind und der Bund bei gegebener Kompetenzlage nicht allein zuständig ist, wird eine Realisierung nur schrittweise und über Verhandlungen mit den Ländern sowie unter Einbeziehung der Sozialversicherungsträger über ein gemeinsames Konzept zur Pflegevorsorge möglich sein. Ich habe in der Bundesregierung vorgeschlagen, daß solche Verhandlungen möglichst sofort aufgenommen werden. Ich würde es jedoch für unseriös halten, jetzt schon einen Termin für Ergebnisse zu benennen. Ich werde mich jedenfalls dafür einsetzen, daß die Ergebnisse der Arbeitsgruppe so rasch wie möglich umgesetzt werden.

Der Bundesminister

